GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG } XI. IUNIE - IULIE / JUIN - JUILET / JUNI - JULI 1933. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER } 6-7

Minderheitspolitik mit „ordonanţa de plata."

Von: **Dr. Andreas Vuchetich.**

Vom Gesichtspunkte der Anerkennung der Minderheitenrechte hat es keine Bedeutung, welchen Prozentsatz die Minderheitsnationen in der Volkszählungsstatistik erreichen, sondern einzig und allein die Tatsache, dass sie bestehen, dass sie existieren, ist ausschlaggebend. Auch kann hinsichtlich der Rechte kein Unterschied gemacht werden je nachdem, ob die eine Minderheitsvolksgruppe nur fünfzigtausend Seelen aufweist gegenüber der eventuell mehrere Millionen belaufenden Verhältniszahl der anderen. Dies kann nur soviel bedeuten, dass die zahlreichere Minderheitsnation mehr parlamentarische, Komitats, Munizipal- und Gemeinde-Vertretung braucht, Anspruch auf mehr Schulen, kulturelle und wirtschaftliche Institutionen und zur Aufrechterhaltung dieser Minderheitsanstalten verhältnismässig höheren Beitrag vonseiten des Staates, des Komitates oder der Gemeinde beansprucht, als jene Minderheit, die in geringerer Zahl im Lande lebt. Die Rechte sind also qualitativ egal, nur quantitativ verschieden.

Dieses proportionelle Geltendwerden der gleichen Minderheitsrechte hat fast nirgends fussgefasst und besonders in den, nach dem Kriege erstandenen, oder neu eingerichteten Staaten, wo der antidemokratische Chauvinismus und die wahre Demokratie erbittert gegeneinander kämpfen, kann dieser Geist der Gleichberechtigung sich am wenigstens einbürgern. Wahre Demokratie, – Volksherrschaft – wie schon aus ihrer Benennung hervorgeht, kann niemals minderheitsfeindlich sein. Das Volk des Landes, die sogenannte politische Nation kann auf

grund der einheitlichen Staatsbürgerschaft nur einheitlich sein, obwohl in Russland und Deutschland neulich Versuche zur Konstituierung der zweifachen Staatsbürgerschaft angestellt werden. Die gesamte politische Nation ist aber zumeist hinsichtlich nationaler und Rassenverteilung aus zahllosen Volksgruppen zusammengefügt.

Demokratie, Volksherrschaft kann also nichts anderes bedeuten, als die gleichberechtigte Herrschaft aller, die politische Nation bildenden Völker. Wenn wir die Frage der Demokratie vom einzig richtigen Gesichtspunkt der gemeinrechtlichen und politischen Wissenschaft prüfen, so kommen wir zur traurigen Feststellung, dass die Regierungsform der, sich in der Rolle der Demokratie gefallenden Staatsregierungen eigentlich falsche Demokratie ist. Beim Durchgreifen unverfälschter, wirklicher Volksherrschaft könnte überhaupt nicht die vorbehaltlose Anerkennung der Minderheitsrechte und deren praktische Anwendung bestritten werden. Wir wiederholen, ohne Rücksicht auf die Verhältniszahl der betreffenden Minderheit.

Wir, in Rumänien lebende Ungarn sind in dieser Hinsicht in vorteilhafter Lage, da wir unter sämtlichen Minderheiten des Landes am zahlreichsten vertreten sind. Und wenn wir trotzdem, bezüglich der allgemeinen Anerkennung sämtlicher Rechte auch gegenüber den übrigen Minderheiten im Nachteil sind, so ist es höchst beklagenswert, dass wir mit unseren verstümmelten Rechten in der traurigen Reihe als letzte gehen. Dies zu erklären seien hier die Worte des Abgeordneten Dr. Elemér Jakabffy aus einer seiner Reden im Wahlbezirk Szatmár erwähnt: „Das Ungartum kann sich nicht aufrichtig verpflichtet fühlen, sich zu erniedrigen und mit erheuchelter Scheinheiligkeit hinzutreten unter Diejenigen, die mit dem abbauenden Regierungssystem feiern.

Alles hat seinen Kaufpreis, auch in der Politik. Das Feiern und gewisse Dienste – zumal diese gefordert werden – sind nicht unentgeltlich. Für Dienste, welche zum Beispiel die Schwaben geleistet haben, als sie am Kongress der Regierungspartei in Bukarest und bei Volksversammlungen gegen die Revision teilnahmen, regnet es schon verschiedene Belohnungen im Banat. Denn es ist unmöglich, den Zusammenhang zwischen diesen Diensten und damit nicht zu bemerken, dass die ständige Kommission des Komitates Temes-Torontál für verschiedene

kulturelle und wirtschaftliche Zwecke den Schwaben Dreihundertfünfzigtausend Lei votierte, während den Ungarn bloss sechzigtausend Lei zugewiesen werden. Dabei beläuft sich die Verhältniszahl des Ungartums im Banat zu dem der Schwaben auf vierundvierzig Prozent, von der Unterstützung erhielt es aber nur zwölf Prozent. Wo ist da das Geltendwerden gleicher Rechte?

Und was soll man da zum famosen Viktor Orendi-Hommenau sagen, der über die Minderheitspolitik der jeweiligen Regierung an der Volksversammlung in Temesvár als offizieller Redner der Jungschwaben solche Lobeshymnen sang, dass demzufolge die Regierung sich vor jedem internationalen Forum darauf berufen kann: die Schwaben sind im restlosen Besitze ihrer Minderheitsrechte. Dieser selbe Orendi gab vor fünf Jahren unter dem Titel „Gestern und Heute" eine Flugschrift heraus, die er zeitweise unter anders gefärbtem Titelblatt neuerdings austeilt. Mit dieser Flugschrift wollte er eigentlich Lord Rothermere von der Unrichtigkeit seiner Propaganda für die Revision der Friedensverträge überzeugen, – wenn wir der Widmung der Flugschrift Glauben schenken können. Wahrscheinlicher ist aber, dass der Verfasser sich eher der Aufmerksamkeit der Behörden empfehlen wollte.

An der Prefektur zu Temesvár wurde nämlich eine „ordonanța de plata" geschrieben, welche zehntausend Lei an Viktor Orendi-Hommenau auszufolgen verfügt, für die Verbreitung der rumänischen Kultur unter den nationalen Minderheiten des Banates. Orendi selbst begründet diesen ihm zugeurteilten Banater Literatur-Nobelpreis zwar mit seinen Eminescu Übersetzungen, wir aber können uns nicht des Gefühls erwehren, – zumal die Übersetzungen im vorigen Jahr erschienen, - dass zwischen der ordonanța de plata von zehntausend Lei der neuverbreiteten Flugschrift, sowie den unlängst geleisteten politischen Diensten organischer Zusammenhang besteht. Denn während für Beamtengehälter, Pensionen, Staatslieferungen keine Deckung vorhanden ist, muss es uns dennoch wundernehmen, wenn für derlei Selbstversorgung Geld flüssig gemacht wird.

Mit seiner Flugschrift können wir uns nicht ernstlich befassen. Sie ist voll lauter Verdrehungen und Unwahrheiten. Wenn der Verfasser behauptet, in Temesvár seien vier ungarische Mittelschulen, so ist dies allein eine so grosse Unwahrheit, welche

nicht verdient, berichtigt zu werden. Bezeichnend ist auch, dass er den Geist des gewesenen Unterrichtsministers Anghelescu heraufbeschwört, als desjenigen, dem das Minderheitsschulwesen seine Renaissance verdankt. Die ganze Schrift ist vom gehässigen anghelescuschen Geist gegenüber dem Ungartum durchdrungen und wir glauben nicht zu irren, wenn wir feststellen, dass bei deren Entstehen nicht die Wahrheit, sondern die Verlockung der „ordonanța de plata" den Antrieb gab.

Durch die Macht der Gewalt kann Politik gegen die Minderheiten gemacht werden, mit solch einer ordonanța de plata kann sich Einer Anerkennung von zweifelhaftem Wert erkaufen, aber ehrliche, aufrichtige, die menschlichen und gesetzlichen Rechte achtende Minderheitspolitik macht man niemals auf diese Art.

Graf Stefan Bethlen über die Minderheitenpolitik.

In der Zeitschrift *Magyar Szemle* (No. 70) veröffentlicht Graf Stefan *Bethlen* eine bemerkenswerte Studie über die Minderheitenpolitik Ungarns. Die Studie hat Anspruch auf ernsteste Beachtung vonseiten der öffentlichen Meinung, nicht nur vermöge der illustren Persönlichkeit des Verfassers, sondern auch ob der strengen Sachlichkeit und Wahrheitsliebe, mit der sie das Minderheitenproblem in seinen Beziehungen zu den nationalen Interessen Ungarns ins Auge fasst.

Im nachstehenden geben wir den Gedankengang des Grafen Bethlen mit der Bemerkung, dass wir mit diesem in einigen Punkten nicht vollkommen übereinstimmen.

*

Vor allen Dingen – heisst es im einleitenden Teil – müssen wir uns klar darüber sein, dass keinerlei ungarische Minderheitenpolitik das Ziel haben kann, die in unserer Mitte lebenden Minderheiten zu entnationalisieren ; vielmehr muss es unsere Aufgabe sein, das Gefühl der Anhänglichkeit an das ungarische Vaterland in den Minderheiten auch dadurch wachzuhalten und zu kräftigen, dass wir ihnen das Gedeihen in unserem Lande auch ohne Beeinträchtigung ihrer völkischen Eigenart ermögli-

chen. Die Entnationalisierung, die gewaltsame Magyarisierung, war auch in der Vergangenheit niemals Ziel der ungarischen Minderheitenpolitik, und wenn das in der Vergangenheit nicht der Fall war, so kann es heute noch weniger der Fall sein. Solches Ziel wäre auch nicht erreichbar, denn keinerlei Schulpolitik kann es zuwege bringen, unsere nationalen Minderheiten um ihre völkische Eigenart zu bringen. Dass in Ungarn die Nationalitäten in den letzten anderthalb Jahrhunderten nennenswerte Verluste in ihrer Verhältniszahl erlitten haben, ist nicht etwa eine Folge der Magyarisierungspolitik, sondern die natürliche Konsequenz der in solcher Richtung kontinuierlich und andauernd wirkenden ethnischen und Wirtschaftskräfte, der Siedlungsverhältnisse, der inneren Migrationsbewegung, sowie der Auswanderungsbewegung, Faktoren, die dem Ungartum günstig waren und deren günstige Wirkung selbst die ungarnfeindliche Nationalitätenpolitik Wiens nicht zu paralysieren vermochte. Andererseits hat eine Nationalitätenpolitik, die auf die Unterdrückung der Minderheitensprachen ausging, sei es in der Schule, sei es im öffentlichen Leben, sei es in der Wirtschaft, sich überall gerächt und das entgegengesetzte Resultat ergeben, denn sie hat das nationale Bewusstsein der Minderheiten mächtig erweckt, bei ihnen eine Reaktion ausgelöst, und zwar auch dort, wo sonst natürliche Kräfte für die Assimilierung wirksam gewesen wären.

In den folgenden Ausführungen erbringt Graf Bethlen den Nachweis, dass seine Vorrede zu den zwei Bänden seiner politischen Reden in dem Teile, der sich mit der Nationalitätenpolitik der früheren Regierungen befasst, vielfach missverstanden worden ist. Er hat in dieser Vorrede den früheren Regierungen nicht den Vorwurf machen wollen, als hätten sie im Bereich der Magyarisierung nicht ihre Pflicht getan, wie ja die Magyarisierung nie eine Aufgabe der ungarischen Nationalitätenpolitik sein konnte; sondern er hat bloss bemängelt, dass man in exponierten Nationalitätengegenden das Ungartum an Wirtschaftskraft, sowie an politischem und nationalem Gewicht schwächer werden liess, dass man den Ruin der ungarischen Grundbesitzerklasse zuliess und dass man gestattete, dass die Nationalitätenführer gewisse für das Ungartum ungünstig wirkende wirtschaftliche und soziale Verhältnisse ausbeuten durften, so dass die ungarischen Positionen mit der Zeit just in den exponier-

testen Gegenden des Landes durch eine agile irredentistische Nationalitätenpolitik erobert werden konnten.

Die über diese Frage abgeführten Debatten und die durch sie geweckten Leidenschaften zeigen leider, dass die öffentliche Meinung Ungarns sich noch immer nicht klar darüber ist, wie die Nationalitätenpolitik beschaffen sein sollte, die in der durch die Friedensverträge geschaffenen neuen Lage unseren Interessen am besten entspräche. Es gibt in dieser Sache keine ausgegorene einheitliche öffentliche Meinung, die die Regierung und mehr noch die sich mit der Nationalitätenfrage von Amts wegen befassenden regierungsbehördlichen Organe zu lenken vermöchte, und das hat dann zur bedauerlichen Folge, dass die administrativen und Schulbehörden, die Kirchen und ihre Führer ihrer eigenen Auffassung stattgeben, häufig einander widersprechende Verfügungen treffen, wodurch dann wieder Missverständnisse, Zwischenfälle und Reibungen entstehen.

Es gilt vor allen Dingen, uns einheitlich zu der Auffassung durchzuringen, dass keinerlei Minderheitenpolitik die Entnationalisierung der Minderheiten als ihr Ziel betrachten darf. Die ganze Assimilierungspolitik habe ich immer verurteilt, ich habe sie immer für unmöglich gehalten, weil ich der Ansicht war, dass wir keinen einzigen Rumänen durch künstliche Mittel magyarisieren werden, dass vielmehr eine derartige Politik bloss zu dem Ergebnis führen kann, dass unsere Nationalitäten uns völlig entfremdet und unseren Feinden in die Arme getrieben werden.

Graf Bethlen kommt nun auf die Bestrebungen des ungarländischen Deutschtums zu sprechen. Er hebt hervor, dass die deutsche Minderheit in diesem Lande stets vaterlandstreu gewesen ist, in ihren Reihen nie ein ungarfeindliches Gefühl sich geregt hat, denn sie forderte bloss immer, dass ihre Muttersprache nicht unterdrückt und ihr gestattet werde, ihr Gedeihen im freien Gebrauche ihrer deutschen Sprache zu suchen. Unsere Minderheitenpolitik kann unter solchen Verhältnissen bloss dem Ziele zustreben, die Anhänglichkeit der Minderheiten an das Vaterland auf jede mögliche Art zu konservieren und zu stärken. Zur Erreichung dieses Zieles bieten sich zwei Methoden dar: die eine ist negativ, die andere ist positiv.

Die negative Methode bedeutet Verteidigung und Schutz gegen alle Intentionen, die geeignet sein könnten, die Seele des

vaterländischen Deutschtums auf andere, von den vaterländischen Idealen abseits liegende Ideale und Aspirationen hinzulenken. Wir müssen uns jeder Propaganda widersetzen, die vom Ausland her das heimatliche Deutschtum in die Richtung drängen wollte, dass es sich in seinem Leben um jeden Preis von uns absondere, auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete sich gesondert organisiere, auch wenn dazu keinerlei besonderer Grund vorliegt, und lediglich deshalb, weil damit einer gewissen nationalen Eitelkeit gedient wäre. Als Hauptveranlassung scheint dabei zu gelten, dass eine besondere deutschsprachige Intelligenz geschaffen werde, unter deren ausschliesslicher Leitung und Lenkung das Deutschtum sich aus der Gemeinschaft unseres nationalen Lebens losreissen und die konkreten Fragen nicht aus dem Gesichtswinkel des gemeinsamen Vaterlandes, sondern aus dem der eigenen engeren Nationalitäteninteressen beurteilen würde. Die Folgen einer solchen Propaganda wären nicht bloss für das Land schädlich, sondern sie wären schädlich auch für das Deutschtum selbst. Wir müssen daher die ausländische Propaganda, die auf solche Ziele hinarbeitet, dem heimischen Deutschtum tunlichst fernzuhalten trachten, wenn wir wollen, dass die ungarische Mehrheit und die deutsche Minderheit nicht durch nie wieder gutzumachende Gefühlsgegensätze voneinander getrennt werden. Allerdings hat dieses Ziel zur Vorbedingung, dass wir in unserer Minderheitenpolitik dem heimischen Deutschtum im Bereiche der Pflege seiner Kultur und seiner Sprache alles gewähren, was diese Minderheit als Bedürfnis empfindet und was mit den sonstigen Gesichtspunkten unserer Kulturpolitik vereinbart werden kann. Es ist dies unerlässlich, wenn wir wünschen, dass unser heimisches Deutschtum sein seelisches Gleichgewicht bewahre und im weiteren Fortbesitz seiner Nüchternheit allen von aussen kommenden demagogischen Schlagworten gegenüber gewappnet bleibe. Es gibt keine schlimmere Kurzsichtigkeit, als die einzelner Kreise, die alles in Bewegung setzen, damit im Volksschulunterricht der deutschen Minderheit ihre Muttersprache in tunlichst geringem Masse zur Geltung komme. Mit Bedauern muss ich feststellen, dass ein Teil der ungarischen Intelligenz in der Provinz (Seelsorger, Lehrer, Dorfnotäre, Stuhlrichter und sonstige Komitatsorgane) eine vaterländische Pflicht zu erfüllen glaubt, indem er offen oder verhüllt seinen Einfluss dahin aufbietet, dass

beim Volksschulunterricht der Kinder von deutscher Muttersprache die deutsche Sprache tunlichst geringe Berücksichtigung finde, oder dass an Vortragsabenden oder bei sonstigen kulturellen Zusammenkünften kein einziges deutsches Wort erklinge. Ich habe den grössten Teil meines Lebens in gemischtsprachigen Gegenden verbracht und wage zu behaupten, dass Sprachgebrauch und Vaterlandsliebe zwei grundverschiedene Dinge sind. Ich wage zu behaupten, dass ich in gemischtsprachigen Gebieten, unter Leuten, die ihr ganzes Studium in ungarischen Bildungsanstalten beendet haben, die perfekt ungarisch sprechen und sich der ungarischen Sprache auch gern bedienten, dass ich unter solchen Leuten unzählige verstockte Widersacher unserer Nation kennengelernt habe, wohingegen ich unter den schlichten Söhnen des Volkes, die keine Silbe ungarisch verstanden, zahllose ergreifende Fälle von hingebungsvoller Anhänglichkeit an das ungarische Vaterland, von Liebe und Achtung für das Ungartum angetroffen habe. Gewiss ist es ein Interesse des Landes, aber auch ein Interesse jedes einzelnen Bürgers, dass jedermann im Lande, die Staatssprache erlernt, und doch behaupte ich andererseits auch, dass keinerlei nationales oder Landesinteresse dadurch Schaden erleidet, wenn in den Schulen des heimischen Deutschtums die deutsche Sprache in dem Masse zur Geltung kommt, wie es die deutsche Minderheit selbst wünscht. Und geben wir uns nicht der Täuschung darüber hin, als ob dieses heimische Deutschtum sich nach der rein ungarischen Schule sehnte. Es mag solche Ausnahmefälle geben, doch oft ist ein solcher Wunsch bloss ein von aussen suggeriertes Verlangen. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle und insbesondere seit dem Kriege ist es der Wunsch aller deutschen Mitbürger, dass ihre Söhne auch das Ungarische gut erlernen, aber dass sie lesen, schreiben und rechnen auch in der Muttersprache lernen und sich in der Muttersprache alle Kenntnisse erwerben, die ihnen die Volksschule vermitteln kann. Da dies aber in den meisten Fällen nur möglich ist, wenn die Lehrer sich im Unterricht auch der Muttersprache des Kindes bedienen, so ist es ein begreiflicher Wunsch der Minderheiten, dass der Unterricht dementsprechend organisiert wird. Ich behaupte, dass keinerlei patriotisches Interesse Schaden erleidet, wenn diesem Wunsche Rechnung getragen wird.

Das ist es, wovon ich die ungarische Intelligenz überzeu-

gen möchte, denn ich glaube, dass sobald sie dies einsieht, alle Schwierigkeiten und Reibungen ein Ende nehmen werden, die in dieser Frage sich zunehmend geltend gemacht haben und die nur geeignet sein können, die traditionellen guten Beziehungen zwischen der ungarischen Mehrheit und der deutschen Minderheit zu stören. Selbstverständlich gilt dabei als Vorbedingung, dass in entsprechender Anzahl Lehrerpräparandien zur Verfügung stehen müssen, in denen die Lehrer für den deutschsprachigen Unterricht ausgebildet werden. Auch die Kinderbewahranstalten sollen zum zweisprachigen Unterricht vorbereitet werden und jede Engherzigkeit auf diesem Gebiete müsste mit aller Entschiedenheit verurteilt werden.

In seinen weiteren Ausführungen kommt Graf Bethlen auf den Fall Bleyer zu sprechen und sagt darüber in der Hauptsache folgendes:

– Ich räume ein, dass Bleyers Kritik, abgesehen von gewissen Irrtümern und Übertreibungen, auf die ich noch hinweisen werde, im ganzen objektiv war. Vom ungarischen Standpunkt kann an die vaterländiche Gesinnung Bleyers kein Zweifel herantreten, und man darf bloss bedauern, dass seine Parlamentsrede einen Wellenschlag hervorgerufen hat, der sich schwer beschwichtigen lässt und der dem Lande wenigstens so viel Schaden zugefügt hat, wie die Rede selbst. Zweifellos ist es jedoch, dass Bleyer auch ohne dieses öffentliche Auftreten sein ins Auge gefasstes Ziel hätte erreichen können, wenn er sich direkt an die Regierung wendet, deren guten Willen die nachträglichen Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten vollauf beweisen. Sein Auftreten war daher zweifellos weder taktvoll noch zeitgemäss, denn er musste wissen, dass seine Kritik von unseren ausländischen Widersachern weidlich ausgenützt werden wird. Immerhin darf ich mit Genugtuung feststellen, dass Bleyer die von meiner Regierung erlassene Grundverordnung über den Sprachengebrauch in der Minderheitenschulen als befriedigend ansieht und in dieser Hinsicht keine weitergehenden Forderungen aufgestellt hat. Recht hat Bleyer auch darin, dass die Schulverordnungen noch nicht lückenlos vollstreckt sind und in den zwei letzten Jahren in ihrer Durchführung auch eine gewisse Stockung wahrnehmbar ist. Eine Lösung ist aber nur möglich, wenn die ungarische Regierung sich mit den Führern des Deutschtums ins Einvernehmen setzt und mit ihnen ein Überein-

kommen in der Frage trifft, welche Schultypen in den einzelnen Schulgemeinden errichtet werden sollen. Nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten würde das auf keine Schwierigkeiten stossen. Im übrigen haben die von Bleyer produzierten statistischen Daten keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit. Er hat sich der Daten aus dem Jahre 1928 bedient, nicht aber der Daten aus jüngerer Zeit, von denen er offenbar keine Kenntnis hat. Nach ihm würden 498 Minderheitenschulen vom Typ B und 316 vom Typ C im Lande bestehen, während nach den Daten der Jahre 1931 und 1932 von den Minderheitenschulen 46 zum Typ A, 141 zum Typ B und 265 zum Typ C gehören. Das beweist, dass in den jüngsten Jahren der Typus B auf Kosten des Typus C an Zahl zugenommen hat. Auch die Behauptung ist unrichtig, dass Schulen des Typus A bloss an den westlichen Grenzmarken errichtet worden wären, denn auch in der Baranya und in Tolna gibt es 46 solcher Schulen. Nach Bleyer kommt die deutsche Sprache in keiner einzigen Kinderbewahranstalt zur Geltung, wohingegen nach den amtlichen Daten 95 solcher Anstalten im Lande sind, in denen auch die deutsche Sprache gebraucht wird. Ganz irrig ist ferner die Behauptung Bleyers, als ob es im Lande keine einzige Lehrerpräparandie gäbe, in der Lehrer für die deutschen Minderheitenschulen ausgebildet würden. In Wirklichkeit gibt es acht solche Lehrerpräparandien, in denen die Schülerzahl in den jüngsten zwei Jahren 240, bezw. 207 betrug; und überdies bestehen auch sechs Sommerfortbildungskurse seit 1926 zum Zwecke der Weiterbildung bereits funktionierender deutscher Lehrer, und diese Kurse wurden seit 1924 von insgesamt 494 Lehrkräften besucht. Aus allen diesen Daten geht hervor, dass die Ziffern Bleyers nicht stichhältig sind, und dass er mit ihrer Hilfe von der Minderheitenschulpolitik Ungarns ein ungünstigeres Bild gezeichnet hat, als das der faktischen Lage entsprechen würde. Eines aber müssen wir ihm einräumen und das ist, dass die Sachlage noch immer hinter den berechtigten Wünschen zurücksteht, insbesondere auch dem Ziel, das die Grundverordnung Nr. 4800 erreichen wollte.

Die Studie des Grafen Bethlen schliesst mit folgenden Ausführungen:

Der schwere Kampf auf Leben und Tod, den unsere ungarischen Brüder in den abgetrennten Gebieten gegen ihre

Unterdrücker führen, der Kampf nicht bloss um die Wahrung ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihrer völkischen Eigenart, sondern auch um das tägliche Brot, um die wirtschaftliche Grundlage des Lebens, um ihr Vermögen und den ungarischen Bodenbesitz, um die Industrieunternehmungen, den Handel, und um alle Lebensmöglichkeiten unserer Volksgenossen, der Kampf der unter den Augen der ganzen Welt sich vollzieht und in dem wir vor den internationalen Instanzen die Rechte der Minderheit zu verteidigen haben: ich frage, macht dieser Kampf es nicht notwendig, dass wir uns auf eine unangreifbare sittliche Grundlage stellen, dass uns niemand den Vorwurf machen könne, wir predigten Wasser, tränken aber Wein; wir träten für die Rechte der ungarischen Minderheiten ein, gäben aber selber den eigenen Minderheiten nicht dasjenige, was wir von anderen für unsere abgetrennten Volksgenossen fordern.

Würden wir nicht selbst die Grundlage unserer Revisionsbestrebungen kompromittieren, wenn wir im eigenen Lande den hier lebenden Minderheiten gegenüber engherzig und kleinlich vorgingen, ohne zu bedenken, dass eine derartige Engherzigkeit auf die von uns abgetrennten nichtungarischen Brüdervölker, mögen sie sich noch so sehr zu uns zurücksehnen, unter allen Umständen abstossend zurückwirken würde? Das sind auf der Hand liegende Wahrheiten, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Jeder, der auch nur oberflächlich denkt, muss heute sehen und empfinden, dass unsere Revisionsbestrebungen – abgesehen von der günstigen Gestaltung der internationalen Lage – an zwei Bedingungen geknüpft sind. Die eine ist, dass die von uns abgetrennten Brüdervölker sehen müssen, dass nicht bloss das wirtschaftliche Fortkommen der auf unserem Landesgebiet zerstreut lebenden sprachlichen Minderheiten besser, als das ihrige unter der neuen Staatshoheit, gewährleistet ist, sondern dass sie keinen Grund haben, um ihre Kultur besorgt zu sein, für den Fall, dass sie zu uns zurückgelangen, weil sie sicher sein dürfen, dass wir ihre spezifische Minderheitenkultur in Ehren halten und ihrer Pflege keine Hindernisse in den Weg legen würden. Die zweite Bedingung aber ist die, dass Slowaken, Ruthenen usw., kurzum, die innerhalb der Karpathen gesondert lebenden kleinen Völker, die ein selbständiges Nationalbewusstsein besitzen, und unter ihrer neuen Staatszugehörigkeit sich nicht wohl fühlen, weil ihnen dort die Wahrung und Ent-

wicklung ihrer völkischen Individualität unmöglich gemacht wird, dass also diese Minoritäten nach ihrer Wiederangliederung an uns, mit denen sie durch tausend Jahre zusammen gelebt haben, hier einer solchen völlig nationalen Autonomie teilhaftig würden – und das wollen wir ihnen schon heute ausdrücklich in Aussicht stellen und versprechen, – wie solche schon seit langer Zeit das Ziel ihrer Kämpfe war und wie sie eine solche in ihrer neuen Staatszugehörigkeit niemals erlangen können.

Anderes ist die Wiederangliederung dieser Völker an uns gar nicht denkbar, und ich zaudere keinen Augenblick auszusprechen, dass wir, ohne die Revision abzuwarten, dies schon heute als das einheitliche ungarische Programm der endgültigen Lösung der nationalen Probleme des Donaubeckens festlegen müssten, als Programm, das allein wieder den Frieden, das gegenseitige Verstehen und die ruhige Arbeit unter den Völkern schaffen kann, die im karpathenumwallten Teile Mitteleuropas leben. Auch bis dahin können wir für diese Zukunft am wirksamsten tätig sein, indem wir die nationalen Wünsche der in Rumpfungarn lebenden völkischen Minderheiten ohne jede Engherzigkeit befriedigen und mit ihnen in voller Harmonie und Eintracht zu leben trachten.

Weitere Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös über die Minderheitenfrage.

Ministerpräsident *Gömbös* hielt sich gelegentlich der Installation des neuen Obergespans des Tolnauer Komitates am 23. v. M. in Szekszárd auf und kam bei diesem Anlass in einer Tischrede auch auf die Minderheitenfrage zu sprechen. Es ist noch zu bemerken, dass der Herr Ministerpräsident ein Sohn des Komitates Tolnau ist, wo er in der schwäbischen Gemeinde Murga geboren wurde und aufwuchs. Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Minderheitenfrage und über das ungarländische Deutschtum lauten nach dem „Pester Lloyd" folgendermassen:

„Ich verkünde ferner die brüderliche Liebe auch den Nationalitäten gegenüber. In dieser Frage brauchen wir keinen

neuen Propheten. Ein Jahrtausend hindurch hat das Ungartum diese Frage im Geiste der Gleichberechtigung gelöst. Es brauchen also nicht neue Propheten neue Ideen zu verkünden . . . Die Verhältniszahl des Geltendwerdens des Deutschtums steht hoch über dem Numerus Clausus, in wirtschaftlicher Hinsicht jedenfalls, aber auch im Hinblick auf den politischen Einfluss. Von Unterdrückung und Verfolgung der Nationalitäten bei uns kann daher nicht die Rede sein. Wo es aber Beschwerden gibt, da stehe ich bereitwillig zur Verfügung, um sie gewissenhaft durchzusprechen, wobei ich betone, dass ich lediglich den nach innen wirkenden und nicht den nach aussen wirkenden Kräften unter die Arme greife. Auch halte ich es nicht für zulässig, dass einer nicht bei den zuständigen Faktoren, sondern jenseits der Landesgrenze Schutz suche . . . Ich möchte hier des kleinen Dorfes gedenken, in dem eine deutsche Frau einen ungarischen Ministerpräsidenten an ihren Brüsten stillte und aus einem adeligen ungarischen Spross einen intransigenten ungarischen Mann erzog."

Warum es in Rumänien ungarfeindliche Pogrome gibt.

Die *Schaffhauser Zeitung* schreibt am 12. Juni in No. 134.

Die Weltpresse hat für die Unterdrückung der konfessionellen und nationalen Minderheiten in den heutigen Tagen, wo die Krisenprobleme und der Umbau Europas im Sinne einer friedenspolitischen Leitung im Rahmen des Viermächtepaktes das Interesse der öffentlichen Meinung in Anspruch nimmt, wenig Platz. Eine Ausnahme bildete in diesem Belang bloss die Judenfrage Deutschlands, für die sich der in Minderheitsfragen sonst seine beide Augen zudrückende Völkerbund sofort interessierte. Die ungarfeindlichen Pogrome in Rumänien würden wohl auch verdienen, dass der Völkerbund aus seinem Versteck seiner spanischen Wand herausluge. Denn der Völkerbund ist mitschuldig an den ungarfeindlichen Pogromen Rumäniens, weil er sich um folgende Tatsachen nie kümmerte:

In Rumänien wird nämlich der Hass gegen die konfessionellen und nationalen Minderheiten vom Staate sorgsam gepflegt.

Schon die Schule tröpfelt diesen Hass in die empfängliche Kinderseele ein. In den Schulbüchern werden die Ungarn als wilde asiatische Horden bezeichnet, die in den Kriegen das Blut der Feinde tranken. In den Schulen lernen Kinder Verslein – wahrlich nicht Kinderverslein – die vom Hass gegen das Ungartum strotzen und es wird nicht selten verlangt, dass auch ungarische Kinder diese Verslein lernen.

In den Volksversammlungen werden Hetzreden gegen die Minderheiten gehalten. Wer sich patriotisch gebärden will, vergisst nicht, sich in dieser Hinsicht hervorzutun. Die Behörden haben dagegen keine Einwendung.

Auch die Gerichte sind mit dem Minderheitshass solidarisch und entziehen sogar Mörder ihrer gerechten Strafe. Unlängst begab sich ein rumänischer Wachtmeister ungeladen in ein ungarisches Hochzeitsfest. Er besoff sich dabei. Im Tanz trat ihm jemand auf dem Fuss. Da wollte der Wachtmeister in seinem Rausch die ganze Hochzeitsgesellschaft verhaften. Ein Mitglied der Gesellschaft versuchte den Mann zu besänftigen. Der Wachtmeister zog seine Waffe und schoss ihn zum Krüppel. Das Gericht sprach den Wachtmeister frei. So ist es verständlich, dass die rumänischen Studenten sich mit einem Kollegen solidarisch erklärten, der bei einer Gerichtsverhandlung einen Ungarn niederschoss. Diese Patrioten versicherten, nicht dulden zu wollen, dass dem Mörder ein Haar seines Hauptes gekrümmt werde. Und so versteht man, wie sich seit Jahren die ungarfeindlichen Pogrome, einmal in Grosswardein, ein anderes Mal in Klausenburg, Kronstadt und zuletzt in den Dörfern Sinfalva, Borrév und Magyarigen wiederholen. Herr Titulescu beeilt sich mit der Entschuldigung, aber damit können die Pogrome nicht erledigt sein.

Der Völkerbund sollte doch nicht auf seinen Ohren schlafen, wo das Ungartum Siebenbürgens heute samt anderen Minderheiten des Landes, wie ein gehetztes Wild lebt. Und das Gewissen Europas, das bei den Armeniergreueln in hohe Flammen der Entrüstung ausbrach, sollte auch ein Flämmchen der edlen Aufloderung für die ungarfeindlichen Greuel Rumäniens aufbringen.

Die Gründung der Internationalen Studenten-Liga zur Neugestaltung Europas.

Die Sofioter Konferenz.

Nach erfolgten Vorbesprechungen im vergangenem Jahre in Budapest und Wien tagte vom 23. bis 28. Juni dieses Jahres in Sofia die Vollkonferenz der Delegierten der studentischen Verbände Albaniens, Bulgariens, Deutschlands, Kroatiens, Macedoniens, Österreichs, Ungarns und der Ukraine. Sie versammelte über vierzig Delegierte, zu denen sich auch Vertreter der amerikanischen und holländischen Studenten gesellten.

Es wurden Vorträge über „Das zukünftige Bulgarien", „Lebensfragen des deutschen Volkes in Deutschland und Österreich", „Das ungarische Problem", „Der Freiheitskampf des kroatischen Volkes", „Der Freiheitskampf des ukrainischen Volkes", „Das Schicksal Macedoniens" nebst Aussprachen agbehalten. Dann ging man zur Annahme der Satzungen über, nachdem vorher grundsätzlich die Gründung einer „Internationalen Studenten-Liga zur Neugestaltung Europas" beschlossen wurde. Der so gewählte Name sollte zum Ausdruck bringen, dass diese internationale Neugründung sich nicht nur für eine Revision der Friedens-Verträge einsetzen wird, sondern darüber hinaus das Ideal einer Konsolidierung Europas auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes aller unterdrückten Völker anstreben wird. Nach dem Zusammenfassenden Vortrag „Anklage und Aufbau", wurde die unten angegebene Entschliessung gefasst.

Die Konferenz fand ihren offiziellen Abschluss mit einer öffentlichen Kundgebung in Sofia, die einen Massenzuspruch hatte. Es sprachen je ein Vertreter aller beteiligten Nationen in ihrer Muttersprache, wodurch dieser Demonstration ein besonders festliches Gepräge gegeben wurde.

Darauf wurde zur öffentlichen Kenntnis die vorher angenommene

RESOLUTION

gebracht:

„Die studentische Jugend von Albanien, Bulgarien, Grossdeutschland, Kroatien, Macedonien, Ungarn und Ukraine erklärt, dass sie das durch die internationalen Verträge geschaffene

System politischer Unterdrückung ihrer Völker nicht anerkennt und dagegen mit allen Mitteln kämpfen wird:

Sie verlangt, ausgehend von Wilsons Prinzip, wonach jedem Volk allein das Recht zusteht, seinen Staat zu bestimmen, dass die Staatsgrenzen den Volksgrenzen entsprechen; jene Minderheiten aber, die aus geographischen oder wirtschaftlichen Gründen mit ihrem Volk nicht vereinigt werden können, müssen international garantierte Rechte erhalten. Zu diesen Rechten gehören hauptsächlich: Schutz der Minderheiten vor Unrecht bei Anwendung der Gesetze und insbesondere von Agrarreformen; Kulturautonomie; Selbstverwaltung in kulturellen und kirchlichen Fragen; schulmässiges Erlernen der Muttersprache; Gebrauch der eigenen Sprache vor Behörden.

Sie stellt fest, dass volle 14 Jahre der Chauvinismus die Siegerstaaten dazu trieb, das Prinzip der Gerechtigkeit und Menschlichkeit in Bezug auf die Besiegten nicht zu achten. Sie hält die Siegerstaaten moralisch verantwortlich für alles Unglück, das entstehen kann und wird aus den ungelösten nationalen Problemen.

Sie bildet eine Einheitsfront in dem Kampfe um die Gerechtigkeit für ihre Völker und fordert Alle, denen der Frieden und die Wahrheit teuer sind, sich ihr zur Seite zu stellen um anstatt des durch die Diktate geschaffenen Chaos eine gerechte Ordnung in Europa zu setzen.

Die Greueltaten um Torda in der Schweizer Presse.

Reformierte Schweizer Zeitung. 16. Mai 1933. – *Die ungarfeindlichen Pogrome in Siebenbürgen,* bei welchen rumänische Bauern, die von der Antirevisionsversammlung heimkehrten, zwei ungarische Dörfer, Sinfalva und Borrév, in Brand steckten, einen Ungarn töteten und 70 verwundeten, haben vor dem reformierten Pfarrhaus in Borrév keinen Halt gemacht. Die ganze innere Einrichtung des Pfarrhauses ist verwüstet worden. Der Rädelsführer war dabei der Sohn des orthodoxen rumäni-

schen Popen. Das Geld der Misshandelten wanderte in die Taschen der Demonstranten.

Schaffhauser Zeitung. 6. Juni 1933. No. 129. – *Ungarische Gemeinden geplündert und in Brand gesteckt.* Die von der Tordaer antirevisionistischen Versammlung heimkehrenden rumänischen Bauern haben die ungarischen Gemeinden Sinfalva und Borrév in Brand gesteckt, die Einwohner misshandelt, Häuser, Obstgärten demoliert; einen Landwirt erschlagen und über Bargeld verfügende Ungarn ausgeraubt. Die Gendarmerie sah untätig zu.

Neue Zürcher Nachrichten. 7. Juni 1933. No. 153. – *Eine rumänische antirevisionistische Kundgebung mit Verwüstung ungarischer Dörfer.* Die vom antirevisionistischen Kongress aus Torda zurückkehrenden Bauern haben unterwegs zwei ungarische Dörfer, Sinfalva und Borrév in Brand gesteckt, viele Häuser dieser Dörfer und das reformierte Pfarramt niedergerissen, die Obstbäume verwüstet, die Tiere niedergeschlagen, einen Bauern getötet, 30 andere schwer verletzt und das Bargeld geplündert. Die Gendarmerie blieb untätig. Der Zug wartete, bis die Demonstranten ihr Werk vollbracht hatten.

Freiburger Nachrichten. 7. Juni 1933. No. 130. – *Pogrome gegen ungarische Dörfer in Rumänien.* Die von der antirevisionistischen Kundgebung in Torda heimkehrenden rumänischen Bauern haben in den ungarischen Gemeinden Sinfalva und Borrév Halt gemacht, in beiden Dörfern ganze Häuserreihen in Brand gesteckt oder niedergerissen, einen Széklerungarn getötet, 70 schwer verwundet und andere misshandelt. Das reformierte ungarische Pfarrhaus fiel der Rotte ebenfalls zum Opfer. Der Eisenbahnzug, der die Rumänen hätte heimbringen sollen, blieb in beiden Dörfern stehen und wartete das Wüten der Missetäter ab. Die Gendarmerie griff nirgends ein. Die „Antirevisionisten" raubten zwei Dörfer aus.

Es ist auffallend, dass der Völkerbund, der bisher wenig Willen zeigte, sich für die ungarischen und schwäbischen und sächsischen katholischen, reformierten und evangelischen Minderheiten einzusetzen, den deutschen Juden so schnell zu Hilfe kam. Darf man hoffen, dass er seine Pflicht auch gegen die ungar-feindlichen Pogrome erfüllen wird?

Basler Volksblatt. 8. Juni 1933. No. 131. – *Eine antire-*

visionistische Kundgebung in Rumänien mit Verwüstung ungarischer Dörfer. Die aus Torda (Siebenbürgen) von der antirevisionistischen Kundgebung heimkehrenden rumänischen Bauern haben unterwegs die ungarischen Dörfer Sinfalva und Borrév geplündert, das Pfarramt von Borrév, sowie viele Häuser in Brand gesteckt oder niedergerissen, viele Einwohner schwer verletzt und einen Landwirt getötet. Der Zug wartete, bis die Missetäter ihre Arbeit beendeten. Die Gendarmerie griff nicht ein.

Basler Volksblatt. 12. Juni 1933. No. 134. – *Der Aussenminister über die ungarnfeindlichen Verwüstungen in Siebenbürgen.* Der ungarische Aussenminister v. Kánya hat in Beantwortung einer Interpellation seine Entrüstung über die Brandstiftungen und Plünderungen ungarischer Dörfer in Rumänien ausgesprochen, die sich trotz den Versprechungen der rumänischen Regierung wiederholen. Es sei eine conditio sine qua non der Bestrebung Ungarns freundschaftliche Beziehungen mit den Nachbarländern zu pflegen, dass die Minderheitsverträge eingehalten werden.

„Pester Lloyd" schreibt, dass die Verhaftung von 5 Teilnehmern an den Pogromen die Ungarn nicht befriedigte, da die Schuld die rumänischen Behörden treffe, die die Aufhetzung der rumänischen Bauern durch fanatische Redner wortlos dulden, und den Verwüstungen tatenlos zusehen. Es sei ausserdem fraglich, ob die rumänischen Gerichte die Täter verurteilen, weil solche bei minderheitsfeindlichen Gewalttaten schon oft straflos blieben.

Beschwerde Bernheim vor dem Völkerbundrat.

72. Session des Völkerbundrates.

Neben einigen anderen jüdischen Petitionen wegen der Lage der Juden in Deutschland, welche auf dem Weg der üblichen Behandlung einem Dreierkomitee zugewiesen wurden, lag dem Völkerbund eine Petition von Franz Bernheim vor, die vom Generalsekretariat des Völkerbundes zur dringlichen Behandlung vor dem Rat anberaumt worden war. Bernheim ersuchte in dieser Petition unter Hinweis auf das deutsch-polnische

Minderheitenabkommen von 1922 um ein Einschreiten des Völkerbundrates zur Wiedergutmachung des den Juden in Deutsch-Oberschlesien zugefügten Schadens.

In der Eröffnungssitzung des Rates am 22. Mai sprach der deutsche Vertreter Gesandter von Keller seine Verwunderung aus, dass sich die Angelegenheit auf der Tagesordnung befinde. Deutschland habe dringende Bemerkungen dazu zu machen; vor allem müsse die Frage der aktiven Berechtigung des Beschwerdeführers geprüft werden, da Bernheim in Salzburg geboren sei, die württembergische Staatsangehörigkeit besitze und gegenwärtig in Prag lebe. Nach deutscher Auffassung sei es ausserordentlich fraglich, ob eine derartige Persönlichkeit berechtigt sei, den besonderen im deutsch-polnischen Minderheitsabkommen festgelegten Minderheitenschutz für sich in Anspruch zu nehmen.

Auf diese deutschen Vorstellungen beschloss der Völkerbundrat, die Frage bis zur Mittwoch-Sitzung zurückzustellen.

Mit der Berichterstattung über die Petition Bernheim wurde der irländische Delegierte Lester betraut.

In der Ratssitzung vom 24. Mai erklärte der deutsche Delegierte von Keller, dass er die Petition sofort seiner Regierung übermittelt habe und von ihr zu folgender Erklärung ermächtigt worden sei: Die internationalen Verträge des Deutschen Reiches werden selbstverständlich durch die innerpolitischen Gesetze nicht berührt. Wenn in Deutsch-Oberschlesien Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Genfer Konvention erfolgt sein sollten, so kann es sich nur um irrtümliche Massnahmen nachgeordneter Organe auf Grund einer falschen Auslegung der Veträge handeln.

Der Berichterstatter Lester will noch in dieser Tagung seinen Bericht über die Petition vorlegen.

Das geschieht in der Sitzung vom 30. Mai. In dem Bericht wird gesagt, dass eine blosse Lektüre der in der Petition erwähnten Gesetze und Verwaltungsmassnahmen zeigt, dass in dem Masse, wie wenigstens einige dieser Bestimmungen im Gebiete von Oberschlesien angewandt wurden, diese Anwendung nicht stattfinden konnte, ohne in Widerspruch zu geraten mit einer Reihe von Bestimmungen der Genfer Konvention. Der Bericht schlägt dem Rat vor, von den Erklärungen der deutschen Regierung Akt zu nehmen in der Überzeugung, dass die deut-

sche Regierung alles getan habe und noch tun werde, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen der Genfer Konvention über den Schutz der Minderheiten voll respektiert werden. Der Bericht schliesst mit dem Vorschlage, den Fall Bernheim dem lokalen Verfahren zu überweisen.

Zu dem vom Vertreter Irlands vorgelegten Bericht gab der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, eine Erklärung ab, in der er bedauerte, namens der Reichsregierung erklären zu müssen, dass diese nicht in der Lage sei, den Bericht anzunehmen. Aus der Petition Bernheims, fuhr Gesandter von Keller fort, geht hervor, dass der Petent weder durch Abstammung noch durch ein Familienband zu Oberschlesien gehört. Selbst wenn man die Hypothese zuliesse, dass auf Grund seiner angeblich persönlich erlittenen Ungerechtigkeiten in Oberschlesien der Petent das Recht hätte, für seine Person Rechte aus dem Artikel 147 der Genfer Konvention geltend zu machen, ist er keinesfalls berechtigt, über generelle Fragen und die Anwendbarkeit deutscher Gesetze in Oberschlesien Beschwerde zu führen, da diese Gesetze ihn in keiner Weise berühren. Im übrigen ist, ganz abgesehen von der Unzuständigkeit des Petenten, eine Beschwerde dieser Art schon deshalb nicht möglich, weil hinsichtlich der Änderung dieser Gesetze in Oberschlesien noch keinerlei endgültige Tatsache geschaffen worden ist. Obwohl die deutsche Regierung an sich nicht verpflichtet ist, sich zu dieser Frage sachlich zu äussern, hat sie aus eigener Initiative und aus politische Gründen, um allen Missverständnissen vorzubeugen, die dem Rat bekannte Erklärung abgegeben, dass die internationalen Vertäge des Deutschen Reiches selbstverständlich durch innerpolitische Gesetze nicht berührt werden. Der vorliegende Bericht trägt dieser Rechts- und Sachlage nicht Rechnung. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, dass der Rat sich hätte damit begnügen müssen, von der deutschen Erklärung Akt zu nehmen und damit die Beschwerde in ihren allgemeinen Ausführungen als erledigt zu erklären.

Was den Fall Bernheim anbeglangt, so ist die Frage der Zugehörigkeit des Petenten zur Minderheit noch nicht genügend geklärt. Die deutsche Regierung hat die notwendige Untersuchung eingeleitet und ist gegebenenfalls bereit, den Fall in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Konvention im lokalen Verfahren zu regeln.

Nach den Erklärungen des deutschen Vertreters bemerkte der Berichterstatter, wenn er auf die von dem deutschen Vertreter geltend gemachten Einwendungen bezüglich der Interpretation der Genfer Konvention in seinem Bericht nicht eingegangen sei, so bedeute das nicht, dass er mit dem deutschen Vertreter übereinstimme. Um die strittige Frage zu klären, schlage er die Einsetzung eines Juristenausschusses vor, der aus denselben Vertretern bestehen soll, die kürzlich in Genf in der Frage des Julius-Hospitals in Rybnik ihr Gutachten erstattet hätten.

Der Vertreter Englands, Eden, schloss sich dem Vorschlage Lesters an. Wenn er auf die Ausführungen des deutschen Vertreters nicht eingehen wolle, so dürfe das nicht so ausgelegt werden, als ob er mit den Argumenten Herrn von Kellers einverstanden sei. Davon sei er weit entfernt.

Der französische Aussenminister Paul Boncour erklärte, der Berichterstatter habe in seinem Bericht eine bewundernswerte Unparteilichkeit gezeigt. Auch er schloss sich dem Vorschlage an.

Der Vertreter Polens, Graf Raczynski, gab der Erwartung Ausdruck, dass der Juristenausschuss seine Arbeiten beschleunige. Er glaube feststellen zu müssen, dass der Vertreter Deutschlands, der immer für die Minderheitenschutzbestimmungen eine möglichst weitgehende Auslegung gefordert habe, von dieser Auffassung bis zu einem gewissen Grade abgewichen sei. Formalrechtlich habe man es jetzt nur mit Oberschlesien zu tun. Die Ratsmitglieder seien aber mindestens moralisch befugt, von Deutschland zu fordern, dass es den Juden eine gleiche Behandlung wie allen anderen Staatsbürgern gewähre. Juristisch sei die jüdische Minderheit in Deutschland nur in einem kleinen Gebiet, in Oberschlesien, geschützt. Das zeige, wie unvollständig und ungleich das Minderheitenschutzsystem sei. Es bedürfe unbedingt einer Revision. Das gegenwärtige System sei auch unverständlich mit dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten. Er richtete zum Schluss an die Ratsmitglieder einen Appell, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und deutete die Möglichkeit an, dass die Völkerbundversammlung sich eventuell besonders damit beschäftigen könnte.

Nach kurzen Bemerkungen der Vertreter Spaniens, Norwegens, Guatemalas und der Tschechoslowakei erklärte der

Berichterstatter, dass er sein möglichstes tun werde, um das Juristengutachten zu beschleunigen. Sobald dieses Juristengutachten vorliege, werde der Rat innerhalb 48 Stunden einberufen werden.

Der deutsche Vertreter ging dann in ausführlichen Darlegungen auf die Debatte ein. Er betonte, der Rat müsse sich auf die gegenwärtige Lage in Oberschlesien beschränken und dürfe in keiner Weise den Rahmen seiner Zuständigkeit überschreiten. Aus diesem Grunde könne er auch in keine Diskussion über die Frage eintreten, ob die jüdische Bevölkerung im Reich den Charakter einer Minderheit habe oder nicht. Im Laufe der Debatte sei der Akzent auf die Grundsätze der Moral und der Zivilisation mit einer Emphase gelegt worden, wie man sie bei früheren Anlässen in Minderheitenangelegenheiten vielfach vermisst habe.

Der deutsche Vertreter schloss seine Ausführung mit der Erklärung, dass er sich bezüglich des Vorschlages des Berichterstatters der Stimme enthalte.

Der Völkerbundrat stimmte dann schliesslich den Vorschlägen des Berichterstatters zu. Die Fragen, über die der Juristenausschus ein Gutachten zu formulieren hat, sind nach einer vom Vorsitzenden im Laufe der Verhandlungen getroffenen Feststellung folgende:

1. Ist Herr Bernheim berechtigt, eine Petition vorzubringen?
2. Ist Herr Bernheim berechtigt, Fragen allgemeiner Natur in einer Petition aufzuwerfen?

Das aus den Herren Prof. Max Huber (Schweiz), Prof. Bourquin (Belgien) und Prof. Pedroso (Spanien) bestehende Juristenkomitee legte sein Gutachten in der Ratssitzung vom 6. Juni vor. Das Komitee hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, dass die Legitimation des Petenten völlig ausreiche. Es stehe auch fest, dass die in der Petition zitierten und von keiner Seite bestrittenen Bestimmungen der deutschen Gesetze für den „nichtarischen Teil" der Bevölkerung bestimmte Diskriminierungen enthalten und dass dieser Teil der Bevölkerung daher als eine Minderheit im Sinne der deutsch-polnischen Konvention anzusehen sei. Da Bernheim diesem Teil der Bevölkerung „nichtarischen Ursprungs" angehöre, so gehöre er also einer der von der Konvention geschützten Minderheiten an. Auch in der Frage der Zuständigkeit des Völkerbundrates stellte sich

das Juristenkomitee auf den Standpunkt, dass der Artikel 147 und die anderen Bestimmungen des dritten Teiles der Konvention keine Möglichkeit geben, die Zuständigkeit des Völkerbundrates aus dem Grunde zu bestreiten, weil keine bestimmten tatsächlichen Fälle angeführt werden. Ganz im Gegenteil gehe aus den Artikeln 67, 68 und 75 des dritten Teiles der Konvention hervor, „dass sie gewollt hat, dass alle Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sein sollen und dass diese Gleichheit sowohl rechtlich wie tatsächlich bestehen soll".

Der deutsche Vertreter im Völkerbundrat, Gesandter von Keller, gab gleich zu Beginn der Sitzung die Erklärung ab, dass er durch die Beweisführung des Juristenausschusses nicht überzeugt worden sei und dass er sich infolgedessen bei der Abstimmung über den Bericht der Stimme enthalten werde. Der deutsche Vertreter führte hiezu unter anderem aus:

„Das vorliegende Juristengutachten stellt sich in der von ihm behandelten Rechtsfrage auf einen anderen Standpunkt, wie ich ihn bei der Erörterung im Rate eingenommen hatte. Wenn man die Auffassung des Juristengutachtens zugrunde legt, so würden allerdings die in der vorigen Sitzung von mir gegen den Bericht geltend gemachten Bedenken in wesentlicher Hinsicht beseitigt sein. Bei aller Hochachtung für die drei hervorragenden Juristen darf ich dennoch mit aller Offenheit sagen, dass ihre Beweisführung mich nicht überzeugen konnte, zumal in dem Gutachten auf die von mir bei dem Komitee vorgebrachten einzelnen Argumente nicht näher eingegangen worden ist. Obwohl ich nicht überzeugt bin, begrüsse ist dennoch loyal die gute Tradition, dass wenn der Rat zweifelhafte Rechtsfragen durch unparteiische juristische Experten prüfen lässt, die Stellungnahme dieser Experten nicht einfach beiseite geschoben wird. Aus den oben angeführten Gründen werde ich mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

„Ich darf jedoch noch zwei Bemerkungen hinzufügen, eine, die sich auf die zur Entscheidung stehende Angelegenheit bezieht, und eine andere, die allgemeiner Art ist und sich auf zukünftige Fälle bezieht. In der Angelegenheit selbst hat die deutsche Regierung, wie ich nochmals betonen möchte, von Anfang an ohne alle Rücksicht auf Fragen des Verfahrens den Standpunkt eingenommen, dass sie sich an die internationalen Verträge und somit auch an die Genfer Konvention gebunden

hält, und dass etwaige Massnahmen nachgeordneter Behörden, die mit dem Abkommen nicht im Einklang stehen, korrigiert würden.

„Ich kann aber wiederholen und möchte nachdrücklichst betonen, dass nach Auffassung der deutschen Regierung dadurch die ganze Debatte von Anfang an gegenstandslos gewesen ist. Immerhin lege ich Wert darauf, meine frühere Erklärung nochmals ausdrücklich zu bestätigen.

„Weiterhin möchte ich bemerken, dass sich die Mitglieder des Rates, wenn sie sich jetzt auf den Standpunkt des Juristengutachtens stellen, der Tatsache bewusst sein müssen, dass sie sich – da es sich um die Praxis des Minderheitenschutzes in Oberschlesien handelt – zugunsten eines Grundsatzes von weittragender Bedeutung aussprechen. Es ist selbstverständlich, dass in Zukunft bei allen Beschwerden, ganz gleichgültig, gegen wen sie sich richten mögen, nach diesem Grundsatz verfahren wird."

Darauf erstattete der irländische Delegierte Lester seinen etwas gemilderten Bericht. Der Bericht betont - wie die „Vossische Zeitung" meldet – auf der einen Seite, dass die verschiedenen in der Petition angeführten Gesetze über die Beamten, Rechtsanwälte, Notäre und Ärzte sowie über die Schulen und Universitäten „Einschränkungen in verschiedener Form enthalten, die nur auf Personen anwendbar sind, die der jüdischen Bevölkerung angehören". Die Petition erwähne weiter, ohne Anführung bestimmter Fälle, den Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte usw. und „das Fehlen eines Schutzes seitens der Behörden und Beamten, unter dem die jüdische Bevölkerung leidet, die solcherart ofiziell ausserhalb des Gesetzes gestellt worden ist". Der Berichterstatter zitiert seinerseits die deutsche Erklärung in der Ratssitzung vom 26. Mai, die er so auslegt, „dass die deutsche Regierung damit sagen will, dass sie entschlossen ist, in Oberschlesien die Bestimmungen des dritten Teiles der Genfer Konvention zu beachten" und dass etwaige Verstösse „als Irrtümer infolge falscher Auslegung innerdeutscher Gesetze durch nachgeordnete Behörden angesehen werden müssten sowie dass diese Irrtümer berichtigt werden sollen".

Schliesslich erklärte der Berichterstatter, wie gewöhnlich in ähnlichen Fällen, dass die deutsche Regierung den Rat nun über ihre Entscheidungen und Massnahmen zur unverzüglichen

Wiederherstellung der normalen Situation derjenigen Personen, die infolge der Zugehörigkeit zur Minderheit in Oberschlesien ihren Beruf nicht hätten ausüben können, in Kenntnis setzen wolle.

Der Vertreter Italiens, Bianchini, stellte sich völlig auf den Standpunkt der Reichsregierung und unterstrich die bereits in der vorigen Ratssitzung abgegebene deutsche Erklärung, nach der die innendeutsche Gesetzgebung nicht internationale Verpflichtungen Deutschlands berühre. Die italienische Regierung nehme von dieser formalen Erklärung der deutschen Reichsregierung Kenntnis und sehe den Fall als erledigt an. Die italienische Regierung enthalte sich daher der Stimme, da im Bericht gewisse über den Fall hinausgehende allgemeine Erwägungen angestellt werden.

Der Vertreter Polens machte einige Bedenken gegen den juristischen Bericht geltend, der Grundsätze einer für Polen unerträglichen Auslegung des Genfer Abkommens enthalte. Der Vertreter Frankreichs, Massigli, sah sich veranlasst, nochmals den Fall Bernheim im Sinne einer antideutschen Propaganda auszunützen und erklärte, die öffentliche Meinung sähe nur die grossen Linien dieser Frage und werde sich keineswegs mit bestimmten juristischen Formulierungen abfinden lassen. Da das Minderheitenabkommen sich nur auf Deutsch-Oberschlesien beziehe, könne der Völkerbundrat bei Behandlung der innendeutschen Gesetzgebung bedauerlicherweise sich nur mit diesem Fall in Deutschland befassen, doch müsse der Rat in Deutsch-Oberschlesien auf Wiederherstellung der Lage und der Rechte der durch die neuen deutschen Gesetze Betroffenen dringen.

Der Vertreter der Tschechoslowakei sah sich veranlasst, für die loyale Erfüllung der Minderheitenbestimmungen durch die Tschechoslowakei Propaganda zu machen und darüber hinaus auf die judenfreundliche Haltung seiner Regierung hinzuweisen.

Der spanische Botschafter Madariaga führte aus, dass die Haltung der spanischen Regierung in dieser Frage von grosser Achtung und Freundschaft für die grosse deutsche Nation getragen sei und dass die spanische Regierung mit grossem Vertrauen und Dankbarkeit von der deutschen Erklärung Kenntnis genommen habe.

Der englische Unterstaatssekretär Eden beschränkte sich auf die kurze sachliche Feststellung, dass der Fall nunmehr in befriedigender Weise geregelt sei.

Schliesslich wurde der Bericht bei Stimmenenthaltung Deutschlands und Italiens angenommen.

Aide-Mémoire du Conseil Slovaque adressé à la Société des Nations.

Messieurs,

Nous nous adressons à la Société des Nations au nom du peuple Slovaque, pour faire valoir ses droits. Nous nous permettons d'attirer votre attention sur la question Slovaque et nous vous prions en même temps de vouloir bien la régler définitivement.

Il est vrai que la Slovaquie n'a pas un territoire de vaste étendue (49.950 km², sa population est de 3,330.885 habitants) mais elle est située au coeur de l'Europe-Centrale, c'est pourquoi dans la réorganisation de l'Europe cette question ne peut être negligée. La crise mondiale économique, la justice, et la paix du monde exigent cette réorganisation de l'Europe.

La Slovaquie est la pomme d'Eris entre les Tchèques et les Hongrois. Dans les mains des Tchèques elle sépare la Pologne de ses amis du Sud et elle sert de pont entre les Tchèques et les Russes. Ces circonstances démontrent le mieux qu'on ne peut pas traiter la question Slovaque comme quantité négligeable. M. Benès ne la considère pas autrement et comme il a coutume de dire, la plus grande partie de son temps et de ses soucis est consacrée à la Slovaquie. C'est pour cette raison que Benès a crée la Petite-Entente et maintient une armée disproportionellement grande. L'opinion est générale qu'il faut resoudre la question danubienne. La Slovaquie est un pays danubien par excellence, puisque toutes ses rivières se déversent dans le Danube.

I.

LES GRANDES ERREURS COMMISES DANS LES TRAITÉS DE PAIX DANS LA QUESTION DE LA SLOVAQUIE.

L'opinion publique est déjà avertie que les traités de paix doivent être revisés dans l'intérêt de la paix mondiale. E. Alexander Powel ayant étudié la question danubienne a conclu: „The more carefully the facts of the situation are studied the plainer it appears that in the near future the map of central Europe must be redrawn. The danger is that if this is delayed too long the redrawing will be done with the bayonett instead of with the pen" (The danger on the Danube p. 87). Et c'est

le devoir de la Société des Nations de rendre impossible toute effusion de sang.

Georges Lloyd répète continuellement que c'est la Société des Nations qui doit réparer les fautes commises à la conférence de paix parisienne.

Nous osons déclarer, et nous le prouveront que dans aucune autre question il n'a été commis de fautes aussi graves comme dans la question Slovaque. – En consequence il est nécessaire que la question soit révisée et que les fautes soient réparées. Qu'il nous soit permis de révéler ces fautes.

1. Le point de vue géographique n'a pas été respecté.

Les traités de paix ont à plusieurs reprises démembré des unités géographiques et ont causé de grands dommages dans la vie économique de l'Europe. L'exemple le plus éclatant en est la Slovaquie.

En séparant la Slovaquie de la Grande Plaine hongroise, les traités de paix ne tenaient pas compte de l'unité géographique idéale de la Hongrie, qui, d'après le géographe français Reclus, n'avait pas sa pareille en Europe. Toutes les rivières slovaques se jettent dans le Danube hongrois ou dans la Tisza ; toutes nos chaînes de montagnes, toutes nos vallées, convergent vers le Sud. Aussi c'est dans cette direction là qu'on a construit nos routes et nos voies ferrées. Les étroits rapports de commerce que nous avions pendant 1000 ans avec la Hongrie la faisaient prospérer et assuraient la vie au peuple slovaque. Les traités de paix, ne prenant pas en considération cette unité géographique idéale, ont arraché la Slovaquie à la Hongrie, et annexant celle-là à la Tchéquie, qui appartient à une formation géographique complètement différente, ont mis fin aux relations économiques et au trafic intense qui, du fait de l'indépendance économique de la Slovaquie et de la Hongrie, se développait pendant des siècles. Les bois coupés dans nos énormes forêts, nous ne pouvons plus les transporter vers le Sud, ils pourrissent dans nos montagnes. Notre production de bois étant ruinée, plusieurs centaines de mille d'ouvriers ont perdu leur pain. Le traité de paix frappe aussi les ouvriers agricoles slovaques qui, avant la guerre, allaient en masse dans la Grande Plaine hongroise pour faire la moisson et pour en rapporter, pour toute une année, de vivres à leur famille. Aujourd'hui, le

regime tchèque, craignant *l'irrédentisme,* empêche ces ouvriers de déscendre dans la plaine Hongroise, de sorte qu'ils sont obligés d'émigrer au Canada, en Argentine, en Afrique et même en Australie. On voit, par là aussi, qu'en Slovaquie la crise économique a commencé dès 1918. Ce n'est pas à la crise mondiale que la misère actuelle de notre peuple doit être imputés ; c'est le traité de Trianon qui en est la cause. Ce traité nous a arrachés à l'unité géographique et économique avec Hongrie, dont la Slovaquie faisait partie depuis 1000 ans.

2. Le point de vue économique n'a pas été respecté.

Pendant de siècles, les deux territoires échangeaient leurs produits spéciaux ; la Grande Plaine, approvisionnait la Slovaquie de produits agricoles, et constituait un excellent débouché pour l'industrie slovaque. Le gouvernement hongrois développait et encourageait largement l'industrie de la Slovaquie et cela non seulement parce que la Slovaquie avait toutes les conditions (matières premières, sources d'énergie motrice) de l'activité industrielle, mais aussi, et surtout, pour donner du travail à notre population pauvre. Le traité de paix, arrachant à la Hongrie agricole la Slovaquie industrielle pour l'annexer à la Tchèquie plus industrielle que notre pays, a non seulement privé l'industrie slovaque du marché hongrois, mais il l'a condamnée à mort, car la Tchèquie, à elle seule, a plus de fabriques qu'il n'en faut à la Tchécoslovaquie entière. Dès la création de ce nouvel Etat le président Masaryk, ainsi que M. Englis, ministre tchèque, ont déclaré que l'industrie de Slovaquie était superflue et devait être réduite. La réduction (réalisée au moyen de taxes, impôts et de mesures de nationalisation portant un coup mortel à notre industrie) a été énorme ; nos établissements industriels, autrefois prospères, ressemblent à des cimetières. Jusqu'à ce jour on a fermé environ 200 de nos usines.

3. Le point de vue historique n'a pas été respecté.

La communauté historique joue un très grand rôle dans la vie des peuples. Qui pourrait en douter ? Des peuples qui ont toujours vécu sous le régime d'un même État n'aiment pas à se séparer. Il suffit de jeter un regard sur la Suisse où les differents peuples, Français, Italiens et Allemands, qui y vivent ensemble depuis des siècles, n'ont jamais eu l'idée ni le désir de se séparer. Nous autres Slovaques nous avons vécu mille

ans avec les Hongrois, dans le même Etat, sous le même régime, sous le même roi, sous les mêmes lois, – nous avons pris l'habitude de vivre ensemble, nous nous sommes mariés entre nous, notre âme s'est assimilée à là leur. Par contre les Tchèques ont vécu pendant des siècles avec les Allemands de sorte que leur mentalité et leur civilisation ont subi l'influence germanique. Les traités de paix ont également dechiré cette unité historique, en séparant la Slovaquie de la Hongrie. Nous ne pouvons pas nous assimiler à cette mentalité étrangère qui est pour nous la mentalité tchèque. Leur civilisation et leur mentalité différent essentiellement des nôtres.

II.

LES FAUSSES RÉVENDICATIONS DES TCHÈQUES SUR LA SLOVAQUIE.

1. Comment les Tchèques ont libéré les Slovaques.

On se demande, quelle a été la cause pour la quelle on a démembré cette unité geographique et économique, que constituent la S ovaquie et la Hongrie. Pourquoi devait-on omettre le commun passé millénaire et l'identité de notre civilisation commune ?

La réponse habituelle est que la monarchie austro-hongroise était une unité parfaite, mais puisque elle a opprimé les nationalités, il fallait la démembrer pour les libérer.

Benès dans un livre publié par lui à Paris, en 1916. „Detruisez l'Autriche-Hongrie", propageait cette malheureuse idée, qu'on devait démolir la double monarchie des Habsbourg et par conséquent, l'unité économique parfaite quelle constituait, parceque les nationalités y étaient opprimées. Ce furent les Tchèques qui se chargèrent de l'affranchissement des Slovaques.

Notre réponse est la suivante : Tout ce que les Tchèques et leurs agents étrangers (Seton Watson, Steed, Denis etc.) ont propagé au sujet de l'oppression des minorités – était éxagéré. Et cette assertion que leur but unique n'était que la libération des opprimés n'était qu'une vaine frase pour tromper les esprits crédules.

Les Tchèques ont dit de nous, Slovaques, que nous souffrons sous le joug millénaire hongrois.

Voici la verité : Dans ces mille ans que nous avons vécu ensemble avec les Hongrois nous avons passé, pas moins de

neuf siècles, dans une parfaite harmonie et une félicité compléte. Tous les hommes politiques ainsi que les savants reconnaissent que notre peuple y jouissait pendant neuf siècles d'une égalté absolue de droits (Pietor; Action et réaction, Skultéty, Memorandum Slovaque; La Ligue Slovaque: Les Slovaques et les Hongrois etc.).

St. Etienne, premier roi de Hongrie recommanda à son fils St. Emeric de traiter avec la même égalité les populations dont la langue diffère de la majorité du pays; et de maintenir ces differentes langues La langue Slovaque a toujours joui de la pleinitude de ses droits, comme tous les citoyens hongrois, sans distinction de langue et de religion. Les Slovaques avaient coutume de dire avec les Hongrois: „Extra Hungariam non est vita". Le celébre écri ain tchèque Meakulpinsky écrit: „Le peuple Slovaque aimait vivre avec les Hongrois, ce peuple gai et hospitalier, qui n'a jamais devasté ses campagnes comme les Hussites tchèques l'ont fait."

Ce n'est qu'à partir du dernier siècle que les slovaques eurent des griefs contre les Hongrois, mais *seulement en ce qui concerne la langue.* Après la naissance en Europa, de l'idée de nationalité, les Hongrois, les Slovaques, se mirent à développer leur langue et leurs institutions nationales. L'erreur fatale où ils tombérent tous deux dans cette question, donna lieu à des discussions propres à amener le désaccord. Les hommes politiques slovaques influencés par les idées panslavistes se trompaient en ce qu'ils songeaient, à un grand empire qui réunirait les Slaves sous l'hégémonie des Russes, au lieu de se contenter de travailler à faire prospérer leur nation. Ce fut l'époque du romantisme slovaque, qui en perdant de vue les réalités de la vie, ne voulait pas voir que les Slovaques ne pourraient pas vivre sans la Grande Plaine hongroise, et ne voyait non plus que, de la Russie tsariste, on ne pouvait espérer de liberté. D'après Meakulpinsky, „les Slaves sont les plus mal traités par les Russes, ils le savent par expérience; les Croates tyrannisés par les Serbes et les Slovaques condamnés à périr par les Tchèques, traités par ceux ci comme Abel le fut par Caïn, s'en rendent compte maintenant". Le mouvement national slovaque yant pris une tendance susceptible de mettre en péril les intérêts de l'Etat, on ne peut s'étonner que les Hongrois le regardaient d'un mauvais oeil, redoutant qu'ils ne fussent submergés par les Slaves. La

réaction provoquée par le mouvement nationaliste slovaque est donc tombé dans cette erreur qu'énervée par les menées panslavistes qualifiait de panslavisme *toute* tendance slovaque. C'est alors que les autorités hongroises fermèrent la Société Scientifique Slovaque, la *Matica*, dont le cachet portait une inscription *russe*, montrant que la Société était également infectée des idées panslavistes, et c'est alors que le gouvernement Hongrois commença à mettre obstacle à l'emploi de la langue slovaque dans les écoles, dans l'administration publique et aux tribunaux. Contrairement à ces mesures là, qui donnèrent lieu à de vives plaintes parmi la population slovaque, les plus grands patriotes hongrois estimaient qu'il faudrait laisser se développer librement la nationalité slovaque et maintenir l'égalité des droits sur le terrain de l'emploi de leur langue. Sur cette nécessité insistèrent le comte Etienne Széchenyi, „le plus grand des Hongrois", François Deák, „le sage", Eötvös, Wesselényi, Mocsáry etc. Selon Bossuet, „lorsque les passions prennent le dessus, on n'écoute pas la voix plus remuante" pressant le gouvernement d'enrayer le mouvement slovaque, réussirent à l'amener à prendre des mesures excessives. Mais même alors, les Slovaques n'eurent contre le régime hongrois, que des griefs relatifs à l'emploi de leur *langue*. Leur mot d'ordre qui est le notre aussi: „Za tu našu slovencinu!". „Pour la langue slovaque", montre qu'ils n'eurent à se plaindre qu'à cet égard, les Hongrois n'ayant point touché à leurs autres droits; droit de travail, droit de propriété, exercice du culte etc. Les Tchèques nous enlévent tout: notre pain, nos terres, notre langue, notre religion, et foulent au pied nos traditions.

Il serait naif de croire que la „Maffia" tchèque avait pour but de libérer les Slovaques. Son but véritable était tout autre chose concernant les Slovaques et la Slovaquie. Les plus grands hommes politiques tchèques, tels que Palacky, Havliček, Thun, Kalal ont toujours déclaré que les tchèques étant, peu nombreux, périront s'ils n'absorbent pas les Slovaques. Leur désir était toujours d'accaparer la Slovaquie et d'en faire une Colonie de manière à ce qu'elle serve de pont entre la Tchèquie et la Russie, dans la quelle ils ont placé leur plus grand espoir. Après la guerre mondiale leur désir se réalisa. Ce n'est pas la liberté mais l'esclavage qu'ils nous ont apporté. Le plus grand parti politique slovaque – le parti de Hlinka – a adressé au nom de

la nation Slovaque un „Cri de détresse" au monde civilisé. Dans ce cri ils se plaignaient de ce que les tchèques gouvernaient la Slovaquie à l'instar des anciens procurateurs romains. Les prisons regorgent de Patriotes Slovaques. Le professeur et député Tuka, qui a lutté pour l'autonomie de son peuple, s'est vu condamné à 15 ans de réclusion. Les journaux Slovaques sont censurés et confisqués. Un immense essaim de gendarmes, d'espions tchèques s'est abattu sur notre sol natal. Gare à celui qui ose gémir sous les coups de la férule tchèque.

Nous n'avons rien obtenu même au point de vue de langue ; en nous tchèquisant ils veulent nous faire disparaître. Pour atteindre ce but, ils emploient les moyens les plus drastiques. *Leur constitution et leurs lois nous ont rayés de la liste des nations.* Hs nous ont dépouillés de notre langue et nous ont dénommés „tchècoslovaques". La statistiques tchèque ne mentionne pas les Slovaques, c'est pour cette raison qu'on *ne peut actuellement connaître leur nombre.* Ils nous ont enterrès „de jure" et maintenant ils veulent nous exterminer „de facto". L'écrivain tchèque Holeček conseille aux tchèques d'abimer et de tchèquiser la langue Slovaqe de manière à ce que les Slovaques eux mêmes ne puissent plus la reconnaître. (Slovak 15. VII. 30.) A Pressbourg on a constitué une Université *tchèque* dont le but est d'enterrer la langue slovaque. (Kultura 1933 405.) Quoique cette Université soit la seule en Slovaquie elle n'a pas une chaire pour la langue slovaque.

Il est donc faux que les Tchèques aient voulu libérer les Slovaques. –

Par contre il est vrai qu'ils s'efforcent d'anéantir notre nation et de coloniser notre terre. D'ailleurs ils n'en font point mystère. Le tchèque Otto écrit dans l'Encyklopédie Commerciale : (1921 p. 1217) „La Slovaquie sera notre colonie. Il importe peu qu'elle soit si près, la Siberie touche aussi à la Russie, et elle est cependant sa colonie".

2. Il est faux que les Slovaques soient des Tchèques.

A Paris, pendant la guerre, les émissaires tchèques, ne pouvant invoquer aucun droit historique sur la Slovaquie, celle-ci ayant apartenu pendant 1000 ans à la Hongrie et non à leur pays, ont mis en avant un argument d'ordre ethnographique, imaginé par l'actuel président de la République Tchècoslovaque,

M. Masaryk, qui, dans un mémorandum envoyé par l'intermédiaire de M. Seton Watson le 15 avril 1915 au ministère des Affaires étrangères de Londres, avait demandé l'annexion à la Bohême de la Haute Hongrie, en affirmant que „Slovaks are Czechs". Les Roumains, en demandant à l'Entente de leur donner la Transylvanie, soulignaient „qu'il y a là-bas des habitants roumains", les Serbes, en exigeant pour eux le Banat, argumentaient pareillement: „il y a là des Serbes". Les Tchèques, pour prouver leur droit sur la Slovaquie, ne pouvaient vraiment pas dire qu'elle était peuplée de Tchèques car il n'y avait point. Aussi, ont-ils dit: „Les Slovaques sont, eux aussi, au fond, des Tchèques . . ."

Que nous, Slovaques, ne sommes pas des Tchèques, mais un membre distinct de la famille slave, nous présentons les preuves suivantes:

Origine de notre nation: Les Slovaques s'appellent *Slovènes* (slovensky narod, Slovensko, slovensky jazyk, Slovensko). Le plus grande philologue slovaque, S. Cambel, a prouvé que les Slovaques formaient une nation avec les Slovènes du Sud. Les Hongrois, venus de l'Est s'étant fixés dans l'Alföld (la Grande Plaine hongroise), les Slovènes furent, de ce fait, séparés des Slovaques. Ce n'est que plus tard que le mot „Slovaque" a été créé; à l'origine, on nous nommait „Slovènes". Aujourd'hui encore les femmes de chez nous s'appellent „Slovènes"; nous appellons notre langue „slovène", et notre pays „terre slovène„. (Slovensko.)

Selon le savant russe Lamaski tous ces peuples ont été sauvés de la germanisation par cette séparation, car les Hongrois seuls furent capables de résister au „Drang nach Osten".

La nation tchècoslovaque n'existe pas. C'est une invention tchèque pour pouvoir absorber les Slovaques et occuper leur terre. De même qu'il n'existe pas une nation tchéco-polonaise ou tchéco-russe il n'existe pas non plus une nation tchéco-slovaque.

La question de savoir où appartient ethnographiquement un peuple, dépend non seulement de son origine, mais aussi, et surtout, d'une autre chose: comment il se considère, lui-même, à cet égard. Or, les Slovaques se sont toujours considérés, et se considèrent, comme une race slave distincte. Il n'est pas

paysan slovaque qui s'appelle tchèque ou tchécoslovaque: il a été, il est Slovaque et il le restera.

La Matica (Société Scientifique Slovaque), dans son assemblée du 12 mai 1932, tenue en présence de 132 écrivains slovaques, protesta contre la tchéquisation de l'ortographe slovaque, déclarant que les Slovaques constituent une nation distincte.

Les représentants de toute la jeunesse slovaque tinrent une réunion à Teplic, en juin 1932, repoussant le nom „Tchècoslovaque", inventé par les Tchèques, déclarant qu'il ne faudrait pas même discuter sur la question de savoir si les Slovaques sont un peuple distinct des autres, et ajoutant que ceux qui contesteraient cela seront considérés comme des traîtres.

Enfin, tout récemment, en octobre 1932, les deux partis politiques slovaques, qui représentent ensemble la nation slovaque entière, se réunirent à Zvolen et tombèrent d'accord sur un manifeste où il est dit: «*Depuis toujours, nous étions la nation slovaque (slovène); nous le voulons rester. Nous déclarons que nous ne reconnaissons aucune nation «tchècoslovaque», car il n'y a pas de nation «tchècoslovaque». L'opinion, selon laquelle les Slovaques seraient des Tchèques, et les Tchèques des Slovaques, ne correspond pas à la réalité. Les Slovaques n'ont jamais été des Tchèques; ceux ci n'ont jamais été des Slovaques. La preuve en est que par notre passé, notre langue, notre mentalité, nous différons des Tchèques. Nous sommes une nation souveraine, la nation slovaque, ayant un caratère, une mentalité et des traditions spéciaux.*» (Slovak, 18. X. 32.)

Notre nom diffère de celui des Tchèques ainsi que notre langue, notre passé et notre âme.

Combien notre âme est éloignée de celle des Tchèques pémontre le mieux la déclarations du plus grand poète Slovaque Vajansky quand il s'exprime ainsi: „Les esquimaux même sont plus près de nous Slovaque que les Tchèques germanisés". (Prazak: L'individualité Slovaque p. 64).

Les Tchèques ne reconnaissent pas davantage la prétendue unité nationale tchècoslovaque. Personne n'ignore qu'autrefois au parlement de Vienne les Tchèques n'ont jamais parlé de Tchècoslovaques. Ils ont revendiqué des droits tchèques et ne se sont jamais soucié des Slovaques. Ils s'appellent Tchèques: nation tchèque, Académie tchèque, théâtre, école, banque tchèques, etc.

Ils n'exigent qu'aux Slovaques que ceuxci, reniant leur nation, s'appellent Tchécoslovaques. D'après Hlinka, un des chefs politiques Slovaques „un Tchécoslovaque est un Slovaque qui, trahissant son propre peuple et sa patrie, renie sa race, marchant ensemble, pour des raisons le plus souvent égoistes, avec les Tchèques. Voilà ce que sont les individus qui s'appellent Tchècoslovaques." (Cité par Sir Robert Donald, The Tragedy of Trianon, p. 177.)

S'il existait une nation tchècoslovaque, il y aurait une langue et une grammaire tchècoslovaques. *Il n'y en a pas.* Il fallut même des vocabulaires tchêque-slovaques indiquant les différences entre le tchèque et le slovaque, pour que les deux peuples puissent ce comprendre. On lit dans la préface d'un de ces vocabulaires, rédigé par M. K. Kalal, fils d'un politique considéré tchèque J. Kalal, que l'ouvrage contient non moins de 35.000 mots d'origine slave dont le sens diffère dans les deux langues. Comment peut-on donc parler d'une même langue, d'une même nation ? . . .

Le mot „tchècoslovaque" fut inventé par les Tchèques, afin qu'ils aient droit à absorber les Slovaques. C'est pourquoi ces derniers disent: Le Tchécoslovaque n'est qu'un Tchèque qui veut avaler *le Slovaque*".

Les Tchèques en affirmant à la Conférence de Paix que les Slovaque sont des Tchèques, ont induit les alliés en erreur.

La nation Slovaque n'aurait jamais renié son nom et son existence. On ne trouve aucun cas pareille dans l'histoire mondiale. Nous venons de prouver largement que les Slovaques ne sont pas des tchèques. On se demande alors de quel droit ont ils envahi notre pays.

3. Les Slovaques ne se sont pas attachés aux Tchèques de lenr plein gré.

L'assertion tchéque que la Slovaquie leur est revenue à la base du droit d'autodisposition est égalment dénuée de tout fondement. On ne pourrait le dire que dans ce cas, si l'on avait demandé son consentement à la population c'est à dire si on avait fait voter les habitants. Or en Slovaquie le plebiscite n'a pas eu lieu.

C'est précisement le plébiscite que les Tshèques redoutaient le plus, sachant bien que notre peuple voterait contre eux. Un

de leurs écrivains renommés, Meakulpinsky, les a instruits, avant la guerre déjà, sur ce point: „Pendant 1000 ans, les Slovaques ont toujours aimé la Hongrie, leur patrie, ne se séparant jamais des autres peuples qui y vivent, et restant constamment fidèles au Roi. Jamais, il n'y eut là contre le Roi, les autorités ou la patrie, aucune conspiration, aucune émeute slovaques. Politiquement, les Slovaques n'ont jamais eu des tendances pro-tchéques, même sur le terrain littéraire, ils se sont séparés des Tchèques. (Qu'est-ce qui empêche les Slovaques ? . . . p. 147.) Egalement d'après Meakulpinsky „dans le passé, les Slovaques ont défendu les armes à la main leur patrie, la Hongrie, contre les Tchèques (ouvrage précité, p. 123).

De même pendant la guerre mondiale. Les dirigeants tchèques savent et les autorités militaires prouvent que les régiments Slovaques, fidéles à leur serment, on courageusement combattu pour leur patrie et n'ont jamais trahi leur drapeau, comme les tchèques l'ont fait. Connaissant bien l'ame Slovaque ils ne pouvaient espèrer d'un plébiscite aucun résultat qui leur fût favorable. Pour cette raison pour arriver à leur fin ils ont été obligés d'employer la ruse. Quand ils ont formé leurs légions tchèques en Russie, ils y ont anssi enrôlé de force les Slovaques sous peine d'être fusillés, uniquement dans le but de pouvoir donner le nom tchècoslovaque aux légions ainsi formées. (Jednota, 1921 III. 28)

Aussi, les diplomates tchèques ont-ils concentré tous leurs efforts à obtenir *sans plébiscite* la Slovaquie. Employant de la ruse, ils annonçaient à Paris, que le plébiscite était superflu, le peuple ayant déjà manifesté sa volonté, et présentaient comme „preuve", une déclaration truquée de Turc. sv. Martin.

Ils ont présenté, en outre, un document, la *Convention de Pittsburg*, concernant un accord conclu en Amérique, le 30 mai 1918, entre M. Masaryk, alors président du Conseil National Tchèque, et quelques chefs des émigrés slovaques, dans lequel il promettait l'autonomie politique complète à la Slovaquie au cas où les Slovaques seraient disposés de séparer de la Hongrie et de constituer un Etat commun avec la Tchèquie. Les Slovaques d'Amérique, confiants en la promesse de M. Masaryk, ont signé la Convention de Pittsburg. Mais le même M. Masaryk, par une lettre adressée de Topolcianky le 12 octobre 1929, à André Hlinka qualifiait cette Convention de „faux", déclarant

que, sur une telle base, on ne pouvait pas demander l'autonomie pour la Slovaquie. „Un homme politique, un homme d'Etat sérieux, ne doit pas tenir compte d'un document faux, un faux ne peut pas devenir pièce officielle."

Il est curieux que M. Masaryk, qui qualifie de *faux* un acte rédigé et signé par lui, s'est servi de ce „faux" non seulement en Amérique, mais aussi à la Conférence de Paix. C'est présentant ce „faux" qu'il a persuadé le président Wilson de ne pas exiger le plébiscite en Slovaquie. A la Conférence de Paix, les diplomates tchèques ont également utilisé ledit „faux" pour prouver que les Slovaques étant désireux de s'unir avec les Tchèques, il était superflu de faire un plébiscite dans la Hongrie Septentrionale. „Yet, at the Peace Conference in Paris, when the question of forming a Czechoslowakian state came up for discussion, and it was proposed that a plebiscite should be taken, Masaryk produced this agreement as proof that the whole Slovak people were in favour of union." (E. Alexander Powell, The Danger on the Danube, New York, p. 63.)

Au sujet de l'accord de Pittsburg, nous nous bornons à faire remarquer que, quoiqu'il ne constitue pas un „faux", il n'est valable pour la Slovaquie, car les Slovaques d'Amérique ne représentant qu'une fraction de la nation slovaque, n'étaient pas autorisés par la nation à décider en son nom de cette grande question. Ils n'étaient pas plus chargés de se mettre d'accord avec les Tchèques au nom de la population non slovaque de notre pays, laquelle, ainsi que nous venons de le dire, représente presque la moitié de la population totale.

Nous nous permettons de citer le passage suivant extré de la lettre d'envoi du Traité de Trianon.

„La délégation hongroise tire, il est vrai, argument du fait que les conditions de paix n'ont prévu nulle part le plébiscite. Si les Puissances Alliées et Associées ont cru inutile de recourrir à une consultation populaire de cette nature, ce ne fut qu'après avoir acquis la certitude que cette consultation, si elle était entourée de garanties complètes de sincerité ne donnerait pas des resultats sensiblement différents de ceux aux quels les a conduites une étude minutieuse des conditions ethnographiques de l'Europe-Centrale et des aspirations nationales."

D'après tant ce que nous avons déjà prouvé il résulte que ce passage de la lettre d'envoi n'est pas appliquable aux Slo-

vaques. Le plébiscite Slovaque n'aurait jamais été favorable aux tchèques. Les tchèques eux mêmes reconnaissent que les Slovaques ne leur ont jamais fait d'avances. Les tchèques ont toujours craint le plébiscite et ils le craignent encore aujourd'hui. On ne peut donc pas affirmer que les Slovaques aient donné leur consentement à l'union avec la Tchèquie.

III.

LA TRAGÉDIE DE LA SLOVAQUIE.

Le détachement de sa mère-patrie la Hongrie et son attachement à la Tchèquie a eu de tristes consequences.

1. La Slovaquie est une colonie tchèque.

François Juriga, député Slovaque a bien dit que les Tchèques ont condamné les Slovaques à trois peines de mort, (Slovak 6. IX. 29), mort économique, mort morale et mort nationale.

Au point de vue économique les tchèques — comme nous l'avons déja dit, traitent la Slovaquie en colonie. Presque toutes nos usines créées avec l'aide des anciens gouvernements hongrois ont été démontées, car elles faisaient concurrence aux usines tchèques. — Par suite notre peuple est resté sans travail et sans pain. Plus de 10 % de la population s'est vu obligé d'émigrer. Leur place a été immédiatement occupée par 260.000 Tchèques. Nos forêts que protégeaient des lois speciales hongroises son aujourd'hui dévastées. Il en est résulté une inondation dont nous sommes les victimes. Le pays est complètement apauvri et ruiné. Les impôts sont eromes. Les exécutions, qu'occasionnent ces impôts, ne vont pas sans combat saglant. Aussi longtemps que nous avons vécu avec les Hongrois, notre peuple n'a jamais souffert de la faim. Aujourd'hui les démonstrations de famine sont fréquentes. Elles sont la cause de représailles sanglantes de la part de la gendarmerie tchèque. Tous les bureaux publiques regorgent d'amployés tchèques, il ne reste aucune place pour les Slovaques Sous le régime hongrois les Slovaques sont parvenus à atteindre aux plus hauts emplois. Toutefois ceux qui veulent gagner un morceau de pain, sont obligés de renier leur race.

Les deux partis politiques, le parti populaire el la parti national, — qui représentent toute la nation Slovaque, ont déclaré dans le manifeste daté de Zvolen le 15 octobre 1932 que „le régime tchèque a ruiné économiquement toute la Slovaquie".

Dans une assemblée populaire tenue à Banovec I. Tiso député a fait voter une résolution où il est dit: „Tout le monde qui a des yeux voit que toute la population en Slovaquie est ruinée, exception faite aux Tchèques privilégiés." (Slovak, 8. VII. 32.)

M. Fric l'a démontré clairement dans un livre paru à Pressbourg et intitulé: „La Situation désastreuse économique dans la Slovaquie et dans la Ruthénie". Ses données statistiques sont des données tchèques.

Le peuple slovaque caractérise peut-être le mieux la situation en disant que „La République tchècoslovaque est une vache énorme qui paît en Slovaquie, et qu'on trait en Tchèquie".

Les Tchèques connaissent eux-mêmes les resultats économiques de leur domination en Slovaquie. M. Kramar l'un des chefs politiques tchèques écrit dans son journal (Narodny Listy 14 VIII. 32) que le niveau de la vie du peuple Slovaque a baissé au dessous du minimum.

Le resultat en est que la Slovaquie se bolchevise. — Aux éléctions de 1929 le nombre des voix communistes s'élevait à 152.242, et aux élection provinciales leur nombre a atteint 190.595.

2. La Tchèquisation.

„Les liberateurs" nous prennent non seulement notre pain mais encore nous dépouillent de notre trésor intellectuel. A l'Université de Pressbourg les professeurs tchèques enseignent aux étudiants slovaques que la Nation Slovaque n'existe pas, et que la langue Slovaque est une langue bâtarde et asiatique qu'ils doivent renier. La tchèquisation s'effectue de la même manière dans les écoles primaires et secondaires. Il en résulte que les enfants ne parlent ni tchèque ni slovaque et se moquent de leur langue maternelle. (Slovak 15. IX. 32.) Le governement de Prague a de plus, nous oblige à changer complètemeuts notre ancien orthographe.

Le Slovak, journal de Hlinka, cite la devise tchèque: „Extirpons les Slovaques". Ils visent de donationaliser les Slovaques et à en former un peuqle tchèque de 10 millions. Le député tchéque Hajn a proclamé dans une assemblée qu'il faut hâter la tchèquisation des Slovaques. (Narodnie Noviny 22. VII. 30.) Et les Tchèques s'empressent de le faire. Ils tchèquisent non seulement dans les écoles, dans l'administration, dans l'armée et

dans la presse, mais ils envoient encore en Slovaquie des colons tchèques en masse pour remplacer les Slovaques chassés par la famine. Jesensky le célébre poète Slovaque prédit la mort de la langue Slovaque, en disant que „les portes du cimetière sont déjà ouvertes â la langue Slovaque".

3. La démoralisation.

Les tchèques menacent même notre saint trésor, la religion. Quand la République fut proclamée en 1918 à Prague, les „Socols" tchèques ont démoli la plus belle statue de la Ste Vièrge et l'ont souiellée. Ils ont agi de même en Slovaquie aves plusieurs centaines de statues. Sous le régime hongrois jamais notre confession n'a été attaquée.

Les maîtres d'écoles et les professeurs de lycées démoralisent nos enfants. A Nove Mesto les mères sont tombées à coups de hache sur les professeurs tchèques parcequ'ils démoralisaient leurs enfans par des lectures pornographiques.

A l'Université de Pressbourg les étudiants Slovaques ont rossé le professeur tchèque M. Buska parcequ'il voulait violer une étudiante slovaque. Des cas pareils se repètent quotidiennement. J. Sivák, député slovaque a prouvé à la chambre à Prague que les professeurs tchèques enseignement l'atheisme et l'amour libre.

La situation est peut être le mieux caractérisée en général par ce fait que les enfants reprochent à leur parents de les avoir mis au monde pour les faire mourir de faim. (Narodnie Noviny 23. I. 32.)

Nos frères des Etats Unis d'Amérique connaissent trés bien notre situation. On peut lire dans l'organe officielle de „La Ligue Slovaque" Straz. „Il est clair que les Slovaques sont une proie libre des Tchèques. Tout ce que les Tchèques disent, écrivent et font est dans le but de tchèquiser et d'anéantir les Slovaques". (Slovenske Noviny 14. III. 31.)

(À suivre.)

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.